



Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg

Frühjahr 2019



Vor der Wahl des EU-Parlaments wird uns in den buntesten Farben das Bild einer »Friedensmacht EU« präsentiert. Die Bundesregierung behauptet, es hätten »über 70 Jahre Frieden in Europa« geherrscht und verkündet: »Während unsere Väter, Großväter und Urgroßväter noch in den Krieg zogen, dürfen wir heute unseren europäischen Nachbarn vertrauen. (...) Das gemeinsame Haus Europa sichert den Frieden.«

Mit der Realität hat das nichts zu tun. Vor 20 Jahren, im März 1999, startete die mit der EU verbündete NATO einen 78 Tage dauernden Bombenkrieg gegen Jugoslawien. 2.500 Zivilisten, darunter 78 Kinder, wurden durch die westliche Allianz getötet. Bis heute wurden die verantwortlichen Regierungschefs für dieses Kriegsverbrechen weder angeklagt noch verurteilt.

Die EU steht für mehr Aufrüstung, internationale Kriegseinsätze und gemeinsam mit NATO und USA für das Vorantreiben eines neuen Kalten Krieges gegen Russland. Bereits im Lissabon-Vertrag der EU von 2009 ist die Verpflichtung festgehalten, dass die Mitgliedstaaten »ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise verbessern«. Auf dieser Grundlage wurde

2017 die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« – englisch abgekürzt PESCO – vereinbart. Hinter diesem Wortungetüm verbirgt sich ein weiterer Schritt zum Aufbau einer EU-Armee, für die sich inzwischen auch führende Bundespolitiker ganz offen stark machen. PESCO bzw. EU-Armee bedeuten aber auch: Mehr Staatsausgaben für Rüstungsprojekte, gemeinsame Militärmissionen, panzertaugliche Autobahnen innerhalb der EU für 6,5 Milliarden. Euro.

EU und NATO Hand in Hand

Statt auf Entspannungspolitik und Abrüstung zu setzen, haben die USA den INF-Vertrag aufgekündigt. Mit einer neuen Aufrüstung atomarer Mittelstreckenraketen wird von den USA und ihren Verbündeten ein Schlachtfeld Europa riskiert. Anstatt sich für unser Interesse an Frieden und Sicherheit einzusetzen, übernimmt die deutsche Bundesregierung die Rechtfertigungspropaganda der US-Regierung und gefährdet so den Frieden in Europa – zum Beispiel, wenn alle neun Monate US-Truppen und -Kriegsgerät durch die Bundesrepublik in Richtung russischer Westgrenze transportiert werden wie zuletzt im Februar. Oder wenn die Bundeswehr selbst als Führungstrup-

pe in Litauen Teil der Drohkulisse gegen Russland ist. Oder wie im Falle des US-gesteuerten Putschversuches in Venezuela, als Bundesaußenminister Heiko Maas gar nicht schnell genug den selbsternannten »Übergangspräsidenten« Juan Guaidó anerkennen konnte. Oder bei der Lagerung von US-Atomwaffen auf dem Fliegerhorst der Bundeswehr im rheinland-pfälzischen Büchel oder den anderen US-Militärbasen und -Kommandos wie Ramstein, Spangdahlem, EU-COM und AFRICOM

Anfang des Jahres bestätigte die Bundesregierung, in den nächsten fünf Jahren das Militärbudget weiter auf dann gut 60 Milliarden Euro anzuheben – während in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Personalnotstand herrscht und die Kommunen finanziell ausgeblutet werden.

Wir wollen eine ganz andere Politik! Wir wollen, dass die Bundeswehr nicht länger weltweit Krieg führt und Bundeswehrsoldaten Kanonenfutter für deutsche Wirtschaftsinteressen sind. Deshalb fordern wir den Abzug der deutschen Soldaten aus allen Auslandseinsätzen! Wir fordern den Austritt aus der NATO und sagen Nein zur EU!

»Für ein Europa des Friedens, gegen das Europa des Kapitals«

Veranstaltung der DKP am 17. Mai, 19.30 Uhr, Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstr. 3, 86154 Augsburg

(Siehe Seite 4)

Augsburg – München 1:0

Ein Sieg, über den sich niemand freut

Unser Augsburg hat die stolze Landeshauptstadt überholt. Aber ob wir uns darüber freuen sollten? Während in München die Mietsteigerungen im Durchschnitt 37 Prozent betragen, erreichte Augsburg einen Spitzenwert von 40 Prozent. Wer vor fünf Jahren für eine Neuvermietung 500 Euro gezahlt hat, muss dafür heute monatlich 700 Euro hinlegen.

Was ist die Ursache? Sind die gleichen Wohnungen auf einmal um 40 Prozent besser oder größer geworden? Natürlich nicht. Die Besitzer großer Kapitalien legen ihr Geld mittlerweile bevorzugt nicht

mehr in der Produktion an, die Investitionsrate in der Industrie sinkt seit Jahren, sondern im sogenannten »Betongold«. Das verspricht mehr Rendite.

Dazu beigetragen haben auch Bund, Länder und Kommunen, indem immer weniger Wohnungen mit Sozialbindung auf dem Wohnungsmarkt angeboten werden. In Augsburg gibt es im Vergleich zu 1990 über 75 Prozent weniger Sozialwohnungen.

Das freut die Spekulanten. Die günstigen Wohnungen sind weg, und die Mieten

können ungehindert steigen und steigen. Otto Normalverbraucher muss einen immer höheren Teil seines Einkommens für Miete aufwenden ohne dafür mehr zu bekommen. Gegen diese Art von Enteignung haben CDU und SPD außer in Sonntagsreden nichts einzuwenden. Wenn aber die Forderung nach Enteignung der Miethaie aufkommt, ist das für sie purer Sozialismus.

Die DKP will den Sozialismus. Sie können wählen.

Es geht auch anders

In Venezuela wurden bisher 2,6 Millionen Wohnungen neugebaut

Am 12. April wurde in Venezuela die 2,6-millionste Wohnung des 2011 initiierten staatlichen Wohnungsbauprogramms »Gran Misión Vivienda Venezuela« den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern übergeben. Allein im ersten Quartal 2019 wurden rund 100.000 neue Wohnungen fertiggestellt – und das, obwohl das südamerikanische Land schwere Zeiten.

Das Programm war vor acht Jahren vom damaligen Präsidenten Hugo Chávez aufgelegt worden, um die Wohnungsnot in Venezuela zu beheben. Er erinnerte damals daran, dass unter früheren Regierungen »Streichholzschachteln« für die Armen gebaut worden seien, »aber für die Reichen errichteten sie große Häuser und Gebäude«.

Heute prägen neue Hochhäuser und ganze Neubausiedlungen Venezuelas Hauptstadt Caracas und die Umgebung. Die Mieten werden entsprechend der Einkommen der jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner festgelegt, niemand bleibt auf der Straße, weil er zu arm ist.



Das Programm findet sogar die Anerkennung der Vereinten Nationen. Maimunah Mohd Sharif, Direktorin des Wohn- und Siedlungsprogramms UN-Habitat, zeigte sich im vergangenen November bei einem Treffen mit Venezuelas Vizeaußenminister Yuri Pimentel beeindruckt von den Erfolgen. Diese sei ein Modell, das den Völkern der Karibik großen Nutzen brin-

gen könne, erklärte sie. Man könnte hinzufügen: Nicht nur dort!

Venezuelas Regierung setzt nicht nur auf Neubau, sondern auch auf die Instandsetzung älterer Gebäude. Mehr als eine Million Wohnungen seien bislang renoviert worden, sagte Bauminister Ildemaro Villarreal Anfang April in Caracas.

 **HÄNDE WEG VON VENEZUELA!** DKP
Internationale Solidarität gegen US/EU-Aggression

In Venezuela betreiben die USA, die EU und die reaktionäre Opposition den Sturz der gewählten Regierung des Präsidenten Nicolás Maduro. In dieser Situation bekräftigt die DKP ihre Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften des Landes, insbesondere mit der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV)

Spendenkonto DKP-Parteivorstand:

GLS-Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01, Verwendungszweck: Solidarität mit der PCV!

Ganz neutral beim Stellenklau

Entlassungen bei Kuka und Premium Aerotec: CSU und Stadtregierung planlos

Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl will nicht mehr. Im März kündigte er an, bei der Kommunalwahl 2020 nicht mehr antreten zu wollen. Und die CSU hat schon entschieden, wen sie an seiner statt inthronisieren will: Eva Weber, derzeit Zweite Bürgermeisterin.

Das ist die Dame, die Ende März zu den angekündigten Entlassungen bei Kuka erklärte, »jedes Unternehmen würde in einer vergleichbaren Situation ähnlich reagieren«. Aber Kuka wolle den Stellenabbau ja »sozialverträglich gestalten«, jubilierte sie in einem Interview. »Entscheidend für die Stadt« – also für sie – sei, dass Kuka »am Standort Augsburg verankert bleibt«, so die Frau Bürgermeisterin weiter. Davon können sich die 350 Menschen, die ihren Job verlieren sollen, nichts kaufen.

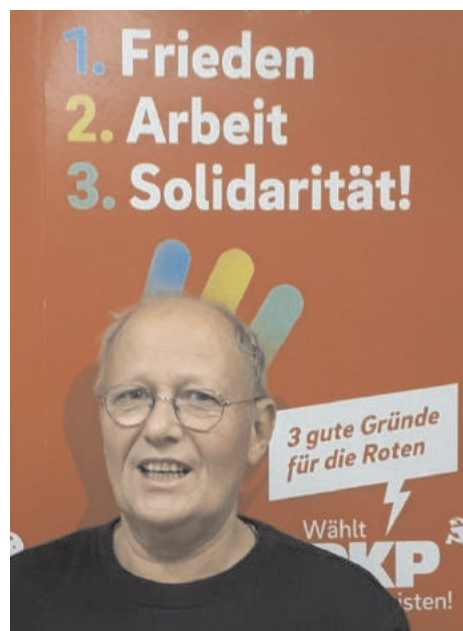
Und was sagt Frau Weber den über 1.000 Kolleginnen und Kollegen, die bei Premium Aerotec ihren Arbeitsplatz verlieren werden, wie Mitte April bekannt wurde? »Es ist für uns wichtig, dass wir neutral sind«, erklärte sie am 12. April im Inter-

view bei Augsburg TV. Und wiegelte gleich mal ab: Die Ankündigung, 1100 Arbeitsplätze bei Premium Aerotec zu streichen, sei doch nur ein »Worst Case Szenario«, also ein Modell für den schlimmsten Fall.

Wir halten es da lieber mit den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall. »Wir werden alles tun, um diesen Kahlschlag zu verhindern«, kündigte der 1. Bevollmächtigte der Industriegewerkschaft, Michael Leppe, an. Und der Betriebsratsvorsitzender bei Premium Aerotec, Sebastian Kundendorf, fügte hinzu: »Die Belegschaft ist geknickt, aber auch stinksauer und kampfbereit.« Direkt nach der Bekanntgabe des Kahlschlags waren die Beschäftigten bereits spontan auf die Straße gegangen, um ihrem Unmut Luft zu machen. Das war ein erster, richtiger Schritt. Weitere sollten folgen.

Aber was machen wir mit einer Bürgermeisterin, die »neutral« zuschaut, wenn Tausende ihre Jobs verlieren? Die es selbst als verantwortliche Managerin nicht an-

Wir wählen Werner Feldmann



Werner Feldmann, Jahrgang 1955, wohnt in Aichach, ist Bauelektriker und Vorsitzender der IG BAU in Altbayern. Zudem ist er seit einigen Monaten auch Vorsitzender der DKP-Bezirksorganisation Südbayern.

Bei der EU-Wahl im Mai tritt Werner Feldmann für die DKP auf dem Listenplatz 29 an. Die Wahrscheinlichkeit, dass er künftig nicht mehr auf bayerischen Baustellen, sondern zwischen Straburg und Brüssel unterwegs sein wird, ist also recht gering.

»Mir geht es mit meiner Kandidatur für das EU-Parlament in erster Linie darum, linke Positionen gegen diese Europäische

Dr'Perlachgugga



Grias eich, i bins wieda amol, dr' Perlachgugga!

Mei, Ofang Abril ham's dem alda Idaliener do drunda aufm Rathausplatz wieda sein Brunna nackad gmacht. Seiddem der da drund umaranandaschedd brauch der so a

Egschdrawurscht!

I schau dem Schauschbil ja etza scho zua, seiddem se des Birschle do auf sei Brunnatürmle naufigschdeld ham...wann war des no glei...dürft so 425 Jahr her sei.

Jednfalls hod dr'Auguschdus wohl ordentlich Pfurzt im Winda oder sonscht was gscherdt gmacht: Alle seine Brunnabiabla und Brunnamädla san eam dafo...sogar d'Singold, d'Wertach, dr'Brunnabach und dr'Lech san abghaut! Schdelds eich des amol vor!

Jetzt schded'r recht bled do auf seim Brunnatürmle mit seim Röckle und duad so, als ob nix gwesa wär! Aber des werd mir scho no irgend a Ratschkaddl verzähla, was da los war. I bin scho gschband, wia's weida geht!

Bis zum nächsta Mol

Union in die Öffentlichkeit zu bringen«, erläutert Werner Feldmann, warum er sich trotzdem im Wahlkampf engagiert. »Außer uns sagt niemand klar, dass die EU ein Projekt der imperialistischen Eliten ist, das der Ausbeutung der arbeitenden Menschen in allen Ländern dient. Sie ist eben kein Friedensprojekt und auch nicht progressiv veränderbar.«

Die arbeitenden Menschen hätten nichts davon, ein Bündnis mit den einheimischen Ausbeutern gegen andere Länder oder Völker zu schmieden, betont Werner Feldmann weiter, »den Arbeitern zum Beispiel in Frankreich und ihren Protesten stehen wir viel näher«.

Die EU war nie ein Friedensprojekt

Ob CDU, Grüne, SPD oder Die Linke – für die EU wird fleißig geworben. Sie sei ein »Friedengarant für Europa«, heißt es. Vergessen sind die tausenden Toten durch die Bombardierung Jugoslawiens vor 20 Jahren, vergessen das Masseneleid durch die Zerstörung Libyens, die maßgeblich durch EU-Staaten wie Frankreich mitbetrieben wurde.

Waren diese verbrecherischen Kriege nur »Ausrutscher« einer ansonsten friedensbringenden supranationalen Organisation?

Betrachtet man die Geschichte der EU und ihrer Vorläuferorganisationen, muss man zu einem anderen Schluß kommen. Diese europäische »Einigung« war von Beginn an gegen antikapitalistische Bestrebung innerhalb westeuropäischer Länder sowie unmittelbar gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas gerichtet.

Auf unserer Veranstaltung »Für ein Europa des Friedens, gegen das Europa des

Kapitals« wird Stephan Müller die Entstehung der Montanunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft (EG) und schließlich der EU nachverfolgen. Wie imperialistische Kräfte in der USA, Frankreich und der BRD zum Teil in scharfer Konkurrenz zueinander diese Organisationen für ihre Zwecke nutzen. Dabei war Frieden nie ihr Thema.

»Für ein Europa des Friedens, gegen das Europa des Kapitals«

Veranstaltung der DKP Augsburg

**mit Werner Feldmann, EU-Kandidat der DKP,
und Stephan Müller, Ökonom und Publizist**

17. Mai, 19.30 Uhr, Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstr. 3, 86154 Augsburg

